

# Bericht

Intervention im Landtag Niederösterreich am 28. März 2019



Büro Wien | REGIOPARL Projektleitung  
Georg Sigl-Gasse 1/3  
A-1090 Wien

[www.regioparl.com](http://www.regioparl.com) | [regioparl@eudemlab.org](mailto:regioparl@eudemlab.org)

European Democracy Lab an der European School of Governance (eusg)  
Büro Berlin  
Kirchstraße 1  
D-10557 Berlin

## Regional Parliaments Lab im Landtag Niederösterreich am 28. März 2019

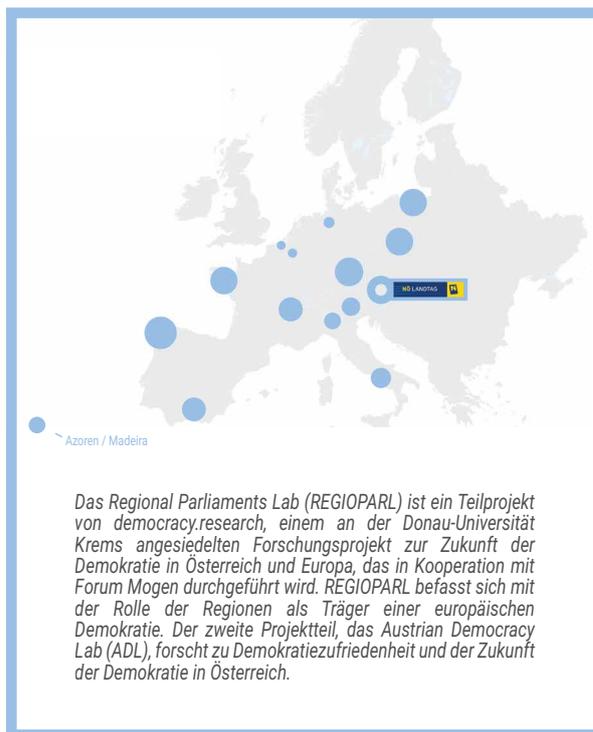
„ Es macht mich stolz, dass bei uns im NÖ Landtag der Auftakt für dieses europäische Forschungsprojekt stattfand. Denn ich bin der festen Überzeugung, dass die regionalen Parlamente eine entscheidenden Rolle bei der Entwicklung Europas spielen. Denn sie sind eine wichtige Schnittstelle zwischen den Akteuren auf den verschiedenen politischen nationalen und europäischen Ebenen sowie den Bürgerinnen und Bürgern in den Regionen. “

Landtagspräsident Mag. Karl Wilfing



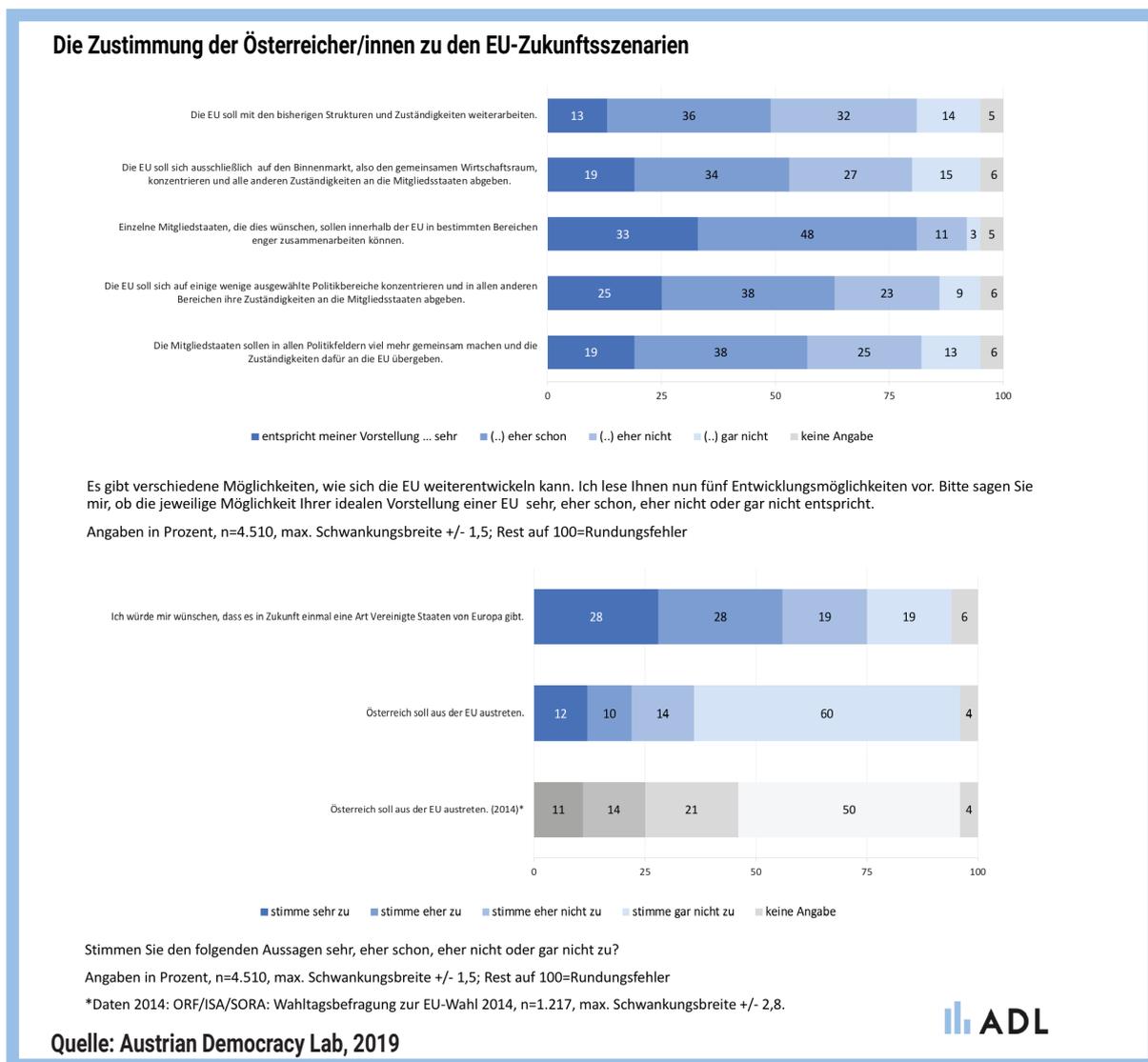
Landtagspräsident Mag. Karl Wilfing mit Univ.-Prof. Dr Ulrike Guérot, Dr. Sarah Meyer und Dr. Katrin Praprotnik (Donau-Universität Krems) v.r.n.l.

Am 28.03.19 trafen Abgeordnete des niederösterreichischen Landtags im Rahmen des Forschungsprojektes Regional Parliaments Lab (REGIOPARL) in einem Workshop zusammen, um gemeinsam Szenarien für ein Europa der Zukunft zu erarbeiten. Einen besonderen Fokus nahm dabei die Rolle von Regionen und insbesondere regionaler Parlamente ein. Dies war die erste von insgesamt 15 geplanten analogen Veranstaltungen in Parlamenten in ganz Europa im Rahmen des REGIOPARL-Projekts, das in Kooperation mit einer Reihe von Partnern federführend an der Donau-Universität Krems durchgeführt wird. Niederösterreich ist mit Sitz der Donau-Universität nicht nur Heimathafen des Projekts, sondern wurde auch aufgrund des überdurchschnittlichen Engagements des Landes in europapolitischen Fragen als Startpunkt der Arbeit mit Abgeordneten ausgewählt.



Zum Auftakt der Veranstaltung begrüßte Landtagspräsident Mag. Karl Wilfing alle Teilnehmenden des Regional Parliaments Lab und betonte die engagierte Arbeit des Landtags Niederösterreich in verschiedenen europäischen Gremien. Es folgte eine kurze Vorstellung des REGIOPARL-Projektes und der Ziele der Veranstaltung durch die Projektleiterin, Dr. Sarah Meyer.

Im Anschluss präsentierte das Austrian Democracy Lab, vertreten durch Projektleiterin Dr. Katrin Praprotnik, aktuelle Umfragedaten über Einstellungen der Österreicher/innen zu unterschiedlichen EU-Zukunftsszenarien. Diese umfassten die von der Europäischen Kommission vorgelegten 5 Szenarien sowie das Modell der Vereinigten Staaten von Europa und - gleichsam als Endpunkt auf der anderen Seite - den Wunsch nach einem Austritt Österreichs aus der Europäischen Union.



Anschließend wurden auch die Teilnehmenden im niederösterreichischen Landtag gebeten, ihre Präferenzen für die zukünftige Entwicklung der EU entlang dieser Optionen zu verorten. Eine deutliche Mehrheit sprach sich hierbei für das - nicht näher spezifizierte - Szenario der Vereinigten Staaten von Europa aus. Dies wurde in der nachfolgenden Präsentation von Univ.-Prof Dr. Ulrike Guerót, Leiterin des Departments für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems, aufgegriffen. In ihrem Vortrag fasste sie die multiplen Krisen, mit denen sich die EU in den vergangenen Jahren konfrontiert sieht, zusammen und kritisierte die aktuelle Verfasstheit der EU als undemokratisch und wenig zukunftsweisend.

Als Gegenmodell präsentierte sie schließlich die Idee der Europäischen Republik, die dem politischen Gleichheitsgrundsatz Rechnung tragen würde und auf Regionen anstelle von Nationalstaaten als konstitutionelle Träger europäischer Demokratie setzt. Ansporn für das Konzept der Europäischen Republik ist auch der Wunsch europäischer Bürgerinnen und Bürger nach einer stärkeren gemeinschaftsbezogenen Ausgestaltung in vielen Politikbereichen - auch solchen, deren Regelung bislang allein den Mitgliedstaaten vorbehalten ist.

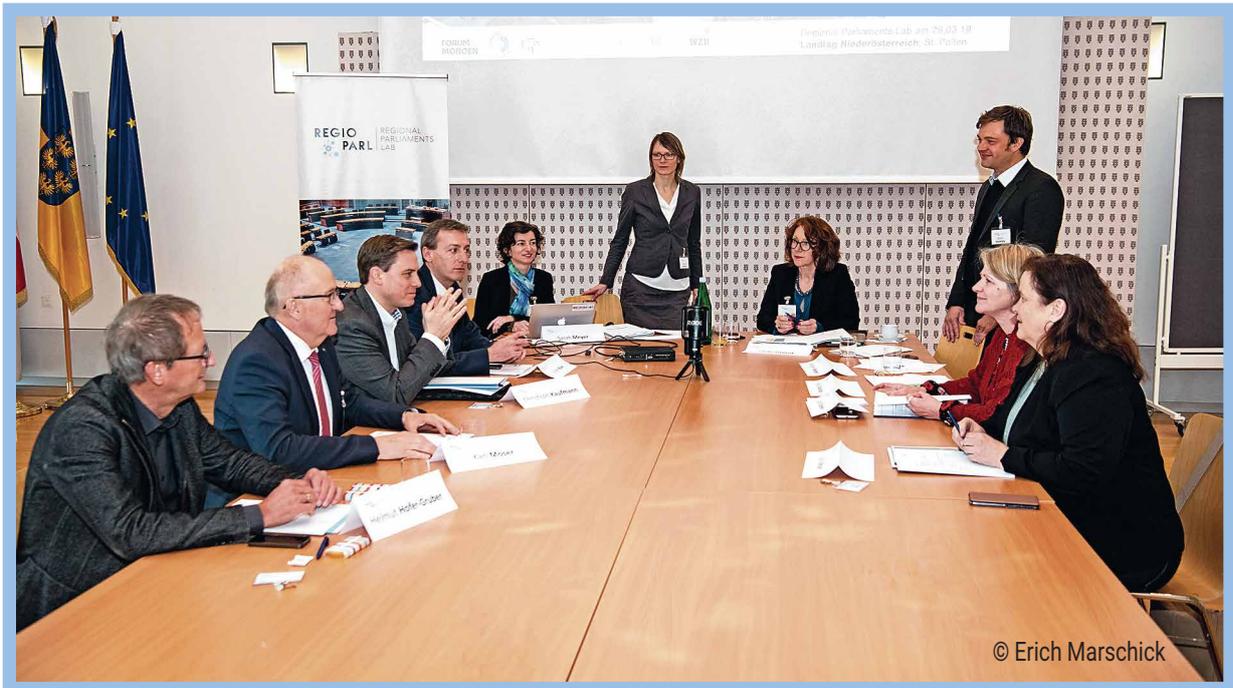


Im Anschluss an die Präsentationen diskutierten die Abgeordneten an verschiedenen moderierten Arbeitstischen drei Aspekte einer zukünftigen europäischen Ordnung: (1) Die gewünschte Kompetenzverteilung entlang von Politikbereichen in einem globalen Mehrebenensystem, (2) die institutionelle Architektur eines zukünftigen Europa und (3) eine mögliche territoriale Neuordnung Europas unter Rückgriff auf unterschiedliche Konzeptionen von "Region". Die Teilnehmenden wurden dabei eingeladen, ihre eigenen Vorstellungen und Ideen jenseits der Frage ihrer potenziellen Realisierbarkeit einzubringen. Sowohl der Status quo der gegenwärtigen EU-Strukturen als auch das Konzept der Europäischen Republik dienten dabei fallweise als Bezugs- und/oder Abgrenzungspunkte, je nach individuellen Präferenzen und Problemdefinitionen der Teilnehmenden.

### Arbeitstisch 1: Zukünftige Kompetenzen der Governance-Ebenen



Am ersten Tisch waren die Teilnehmenden dazu eingeladen, sich über die ideale Kompetenzverteilung in einem künftigen Europa Gedanken zu machen. Hierzu standen ihnen 16 Kärtchen zu Verfügung, die mit verschiedenen Politikfeldern (von der Agrarpolitik über Arbeit & Soziales bis hin zu Finanzen & Währung sowie Außen- & Sicherheitspolitik) beschriftet waren. Die Aufgabe bestand darin, diese Politikfelder zwischen unterschiedlichen politischen Ebenen – von der globalen bis zur regionalen Ebene – aufzuteilen. Jedes Politikfeld durfte dabei nur einer einzigen Ebene zugeordnet werden, um zu verdeutlichen, dass es um die federführende politische Verantwortung für den entsprechenden Bereich geht. Trotz gleicher Ausgangsbedingungen gingen die Teilnehmenden sehr unterschiedlich vor. Bei manchen stand vor allem die Verteilung der Kompetenzen zwischen europäischer und nationaler Ebene im Mittelpunkt; bei anderen hingegen die regionale und die nationale Ebene im Sinne eines „bottom-up-Ansatzes“. Bei allen Differenzen waren sich alle Teilnehmenden darüber einig, Außen- & Sicherheitspolitik, Finanzen & Währung, Forschung & Innovation sowie Migration & Flüchtlinge auf der europäischen Ebene, Innenpolitik & innere Sicherheit, Bildung sowie Gesundheit und Pflege auf der nationalen Ebene und die Regionalpolitik auf der regionalen Ebene zu verorten.



## Arbeitsstisch 2: Institutionelle Architektur der zukünftigen EU

EUropa brauche Gesichter, um in den Augen der Bürgerinnen und Bürger als demokratisch legitimiert wahrgenommen zu werden, so der gemeinsame Tenor in den Diskussionen über die Architektur eines künftigen EUropa. Dafür brauche es als ersten Schritt ein europäisches Parteiensystem und europäische Listen – die Kandidatinnen und Kandidaten einer Partei sollten sich europaweit auf einem Stimmzettel wiederfinden, unabhängig davon, welchem Mitgliedstaat sie angehören. Gleichzeitig müsse das derzeit nur informell angewendete EU-Spitzenkandidatensystems formal verankert und festgeschrieben werden. Auf Sympathie stieß die Idee der Einführung eines "echten" Zweikammernsystems, wie es in zahlreichen Mitgliedstaaten besteht, und einer damit einhergehenden Abschaffung des Rates. Hinsichtlich Struktur und Zusammensetzung der dann neuen Länderkammer orteten die Teilnehmenden weiteren Diskussionsbedarf. Positiv gesehen wurde in diesem Zusammenhang das Prinzip der doppelten Mehrheit (Bevölkerungsmehrheit plus Mehrheit der territorialen Einheiten) und gleichzeitig eine Balance im institutionellen Gefüge zwischen der Abbildung des Wählerwillens und der Vermeidung dauerhafter Blockadesituationen eingemahnt. Auch eine "echte" europäische Regierung, die den parlamentarischen Mehrheiten auf europäischer Ebene entspringt, war für die Teilnehmenden grundsätzlich vorstellbar, wiewohl es hier auch skeptische Stimmen gab und auch die Vorteile der Europäischen Kommission in ihrer derzeitigen Struktur und Arbeitsweise hervorgehoben wurden.



### Arbeitsstisch 3: Regionen und Verwaltungseinheiten einer zukünftigen EU



Am dritten Diskussionstisch wurde über eine mögliche räumliche Neuordnung Europas diskutiert. Die Teilnehmenden waren eingeladen, sich anhand von unterschiedlichen Karten – etwa einer Karte der Metropolregionen, einer Karte der europäischen “Völker” und kulturhistorischen Regionen – ein ideales Europa vorzustellen und den Status quo in Frage zu stellen oder neu zu begründen. Die Teilnehmenden diskutierten so verschiedene Ansätze, Regionen einzugrenzen. Es herrschte Einigkeit, dass Sprache und Bevölkerungszahl wichtige Faktoren dafür sind, die bestmögliche Größe einer Region festzulegen. Dennoch wurden keine neuen Grenzen gezogen. Viele sprachen sich auch dafür aus, die nationalen Grenzen zu erhalten und innerhalb dieser womöglich neue regionale Grenzen zu definieren. Ein wiederkehrender Gedanke war dabei, dass lieber Regionen zusammengelegt, als neu geteilt werden sollten. Wie ein solcher Prozess gestaltet werden könnte, blieb jedoch offen, als Idee genannt wurde jedoch ein regionaler bottom-up Prozess in den Mitgliedsstaaten.



*Die Serie der REGIOPARL-Veranstaltungen mit Abgeordneten regionaler Parlamente quer durch Europa hat sich das Ziel gesetzt, über den Status quo hinaus- und stattdessen in Möglichkeiten zu denken, um gemeinsam an der Entwicklung eines demokratischen EUropa mitzuwirken. Die Auftaktveranstaltung am 28.3.2019 mit Abgeordneten des niederösterreichischen Landtags war in dieser Hinsicht ein großer Erfolg. Die teils weitreichenden Ideen und Visionen der Abgeordneten verdeutlichten einmal mehr wie wichtig es ist, der Perspektive regionaler politischer Akteure in der Debatte um die Zukunft Europas Gehör zu schenken. REGIOPARL dankt allen Teilnehmenden für ihr reges Engagement!*